

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 18 (1977)
Heft: 23

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

à propos Mensch

Die «Komsomolskaja prawda» richtet sich an junge Leser und behandelt (u. a.) Fragen, die die Jugend interessieren (Schallplatten, Importkleidung); damit verbindet sie treu ihre erzieherische Mission. So prangerte sie «Fälschungen» an — vaterländische Leibchen mit ausländischen Aufdrucken wurden als Import-T-shirt abgesetzt. Die «vielen Echos» darauf kommentiert ein Interview mit Vizechef Daruse von der «Verwaltung zur Bekämpfung der Unterschlagungen sozialistischen Eigentums und der Spekulation».

«Ich kann», sagte dieser Polizei-Generalmajor, «den Wunsch verstehen, dass jemand sich modisch kleiden möchte, doch kann ich es nicht verzeihen [!], wenn einer allein vom Anblick eines Importartikels in Rage kommt. Hier, scheint mir, kann man bereits von seelischen Mängeln der Persönlichkeit reden. Uebrigens [Zeigefinger!] werden die eifrigsten Importjäger auch am häufigsten von aller Art Schurken geprellt.»

Woher eigentlich ein junger Sowjetmensch diese Mentalität eines Geschäftemachers haben könne? Man müsse, erklärt Daruse, auf das Beispiel der Erwachsenen zurückgehen. «Sich eine Möbeldarstellung am Lieferanteneingang beschaffen ist für viele zur Norm geworden.» Eine Verkäuferin im Bekanntenkreis verleihe weit mehr Chic als ein Professor. «Können wir von Kindern, die in diesem Milieu aufwachsen, mehr verlangen als von den Eltern, wenn die Heranwachsenden unter allen Türen nur die Hintertüren anerkennen?» Zunächst spekulieren Buben mit [Rock- oder Pop-]Platten und Jeans; die Tauschgeschäfte weiten sich aus, Kauf und Verkauf «wird zum Lebensziel. Und dann tritt ihr Verhalten schon eindeutig mit dem Gesetz in Konflikt. Diesen Verfall fördert auch der Umstand, dass (...) einzelne Branchen unserer Industrie diesen Jugendlichen eine Art ‚Dienst‘ erweisen, indem sie ein Defizit schaffen und manchmal die bei der Jugend beliebten Waren überhaupt nicht herstellen.»

Ja, sagt der Interviewer, die Stadtjugend sei aber doch meist «ziemlich modisch» gekleidet. «Aber das, was sie tragen, habe ich nie in einem Laden gesehen. Das kann doch nicht alles aus der Luft kommen?»

Mangelware gelangt durchs Verkaufspersonal an Spekulanten, die auch Ausländern ihre Garderobe abkaufen oder gestohlenen Material verarbeiten und mit westlichen Marken versehen. Indes [Zeigefinger!]: die meisten Spekulanten landen früher oder später auf der Anklagebank; zudem wird «der Kampf gegen die Spekulation weitaus wirksamer, wenn mit nichts mehr zu spekulieren sein wird, wenn die Konsumgüterindustrie ihre Arbeit auf den Ausstoß von heute — und nicht gestern — Modischem umschaltet.»

Wenn ... Genau dann, wenn die Planwirtschaft aufhört. Das darf der Spekulantenjäger nicht sagen. HTD

Ich vermute aus der Erfahrung von sechzig Jahren, dass die makabre Unempfindlichkeit der westlichen Welt gegenüber der kommunistischen Herausforderung weder in Dummheit noch in Feigheit begründet ist. *Der Lähmungsherd ist das schlechte Gewissen.* Der Westen sieht sich nicht länger gerechtfertigt. Er hat sein Selbstbewusstsein und seinen Glauben (...) verloren. *Der Westen will sich selbst nicht mehr.* Politisch ausgedrückt: Der Westen hat allerhand an den «Methoden» von Sozialismus und Kommunismus auszusetzen, findet aber «Motivationen» und «Ziele» des Marxisten völlig in Ordnung. Das äusserste, was der Westen gegen Revolutionäre vorzubringen weiss, ist die alte Masche vom hehren Zweck, der die schmutzi-

die nunmehr meine Feinde geworden waren. Ich habe meinen Vorsatz gehalten. Ich habe bis heute nicht vergessen, dass sich im Kommunismus fast grenzenlose Opferbereitschaft mit *moral insanity* paart, bewundernswerte Einsatzfähigkeit mit verbrecherischer Skrupellosigkeit, unleugbares Mitleid mit barbarischer Grausamkeit. (...)

Und nur, weil ich das alles bis heute nicht vergessen habe, wird mir die Lähmung des westlichen «Bürgers» manchmal verständlich: Der «Bürger», der nicht opferbereit, nicht einsatzbereit, nicht von Mitleid motiviert ist, schämt sich (im geheimen) vor dem Kommunisten, der zu all dem und darum auch zu allem fähig ist. Der «Bürger» spürt, dass der Revolutionär jene Glaubensfähigkeit besitzt, die ihm, dem «Bürger», einst zu Glanz und Ehren verholfen hat — und die er, der «Bürger», längst verloren hat. In dieser seelischen Atmosphäre von Scham und Neid und Betroffenheit des «Bürgers» gegenüber seinen revolutionären Söhnen wachsen die tödlichen Metastasen des «schlechten Gewissens».

Der «Bürger», mit andern Worten, hat nicht so sehr Angst wie Respekt vor dem Kommunismus. Der Kommunismus erschreckt ihn nicht so sehr, wie er ihm imponiert. Zwar weiss er, dass er das materielle Leben weit besser organisieren kann als der Kommunist. Aber darin, was auch der «Bürger» am Ende für das Wesentliche im Leben hält, im Bereich von Sittlichkeit und Sinn, von Glaube und Devotion — darin spürt der «Bürger» tief drinnen im «schlechten Gewissen», darin ist ihm der Revolutionär unerreichbar weit voraus.

William S. Schlam: «Zeugenaussage». In «Zeitbühne», Neuburg, Nr. 10/1977.

Zitiert...

gen Mittel keineswegs heilige. *Dass* aber der Zweck (Sozialismus und Kommunismus) gut und respektgebietend sei — daran wird im Westen kaum noch gezweifelt. (...)

Dass der Kommunismus dem «Kapitalismus» materiell aufs skandalöseste unterlegen ist, wurde in den letzten dreissig Jahren mit langweilender Eindeutigkeit bewiesen. (...) Aber das paradoxe Ergebnis des materiellen kapitalistischen Triumphes und der materiellen kommunistischen Pleite ist erst recht ein schlechtes Gewissen des «Kapitalismus». (...)

Als ich mich, vor fast fünfzig Jahren, gegen den Kommunismus wandte, nahm ich mir fest vor, nicht die menschlichen Qualitäten der Jugendkameraden zu vergessen,

FACETTEN zum Alltag drüben

Estnische Dissertationen dürfen in Estland nicht mehr auf estnisch abgefasst sein; sie sind auf russisch vorzulegen.

Die estnische Exilzeitung «Eesti Päevaleht» in Stockholm zitiert dazu (am 29. 10. 1977) Briefe, die ihr aus Tartu (Dorpat) zugegangen sind. Demnach besteht die Regelung seit einem Jahr. Interessant ist die behördliche Begründung: Wissenschaftliche Arbeiten in der Sprache einer Minderheit seien nur sehr schwer zentral darauf zu überprüfen, ob sie nicht irgendwo abgeschrieben und dann als eigenes Werk ausgegeben worden seien. Also alles nur Plagiatbekämpfung und keine Spur von Russifizierung. Wer's glaubt, ist jedenfalls kein Este.

Einer der anonymen Korrespondenten aus Tartu macht auf eine besonders sinnige Anwendung der

neuen Dissertationsordnung aufmerksam: Ein estnischer Philologe, der beispielsweise eine These über Fragen der estnischen Grammatik schreibt, müsste sein Werk ja ebenfalls in russischer Sprache vorlegen. Nun, vielleicht würde hier die «Plagiatbekämpfung» eine Ausnahme machen, um nicht selbst ihren tatsächlichen Zweck offenbar werden zu lassen, den estnischen Wissenschaftlern ganz einfach den Gebrauch ihrer eigenen Sprache zu verleiden. Und sie überdies den Russen gegenüber zu benachteiligen — fügt man in Estland hinzu.

Die neue Reglementierung sieht ferner vor, dass wissenschaftliche Arbeiten überhaupt vorzugsweise in russischer Sprache geschrieben, mindestens aber übersetzt werden sollten.

Ein «Trost» bleibt den Esten: An der Buchproduktion wird sich nicht gar so viel ändern. Weil man dem Druck von estnisch geschriebenen Werken ohnehin alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg legt. Und ein grimmiger Trost für viele Esten: Das gilt auch für betont parteigetreuere Bücher.

Im übrigen ist das behördliche Bedürfnis nach Zentralkontrolle soweit schon glaublich. Nur nicht zur Verhütung von Plagiaten. Im Gegenteil: zur Verhütung des Selberdenkens. ■

In Kürze

Die kubanische Regierung hat begonnen, amerikanische Staatsangehörige mit Familienangehörigen, die kubanische Staatsbürger sind, ausreisen zu lassen (unter Wahrung des Rechts auf Ausfuhr ihrer Habe). Eine erste Gruppe von 55 Familien ist in den USA eingetroffen. Bisher war es ausländischen Staatsangehörigen, die mit kubanischen Partnern verheiratet sind, lediglich erlaubt, ohne Angehörige auszureisen.

*

Weitere 90 politische Häftlinge wurden von den westdeutschen Behörden aus Gefängnissen der DDR freigekauft und in die BRD ausgewiesen. In den letzten Jahren hat der Regierungsfonds der BRD (ungerechnet die privaten «Handelsabkünfte») für den Freikauf politischer Häftlinge aus DDR-Gefängnissen gegen harte Währung 1 Mrd. DM erreicht. Der Preis für jeden Freigekauften beträgt 40 000 bis 100 000 DM, je nachdem, wie hoch die Behörden der DDR den «Schaden» veranschlagen.

*

Das Kommunikationsministerium der UdSSR hat das Porto für einen (Standard-)Auslandbrief von 16 auf 32 Kopeken und für Auslandpostkarten von 14 auf 27 Kopeken erhöht. Zum Vergleich sei festgehalten, dass der durchschnittliche Nominallohn (ohne Abzüge) eines qualifizierten Arbeiters 65 Kopeken pro Stunde beträgt. Eine so grosse Erhöhung der Porti eben für Auslandsbriefwechsel weist auf ernste Besorgnis der Behörden bezüglich der zunehmenden Korrespondenz mit dem Ausland hin.

*

Die Sowjetunion wird zum regelmässigen Käufer neuseeländischer und australischer Fleischprodukte. Im laufenden Jahr haben sich die Fleischkäufe in Australien und Neuseeland noch weiter

erhöht. Neuseeland rechnet damit, der UdSSR 70 000 Tonnen Fleisch zu verkaufen (1967: 50 000 t; 1970: nur 12 000 t). Die australische Regierung bereitet ein Geschäft vor, bei dem 130 000 Tonnen Fleisch gegen Erdöl eingetauscht werden sollen, womit die australischen Fleischlieferungen an Länder des Sowjetblocks verdoppelt werden.

*

Was ist das grösste kapitalistische Unternehmen Frankreichs? Möglicherweise die KPF. Ihr gehören etwa 300 Geschäftsunternehmungen (darunter ein paar Multis), 24 Druckereien, 170 Zeitungen und Zeitschriften, ferner eine ganze Menge Häuser.

*

Der Kampf gegen Israel ist ein Beitrag zum Kampf gegen den Antisemitismus. Zu einer Wiederholung dieser guten alten Dialektik ist man in der DDR gekommen, wo man immerhin das Bedürfnis empfindet, sich gegen den Vorwurf von Antisemitismus zu verwahren.

Es sei nicht wahr, dass die DDR antisemitisch eingestellt sei. Das hat der Ost-Berliner Rundfunk einer Hörerin geantwortet, die wissen wollte, ob die Haltung der DDR gegenüber Israel nicht antisemitisch sei oder wenigstens Antisemitismus erzeuge. Ihr wurde entgegnet, für die DDR sei Israel ein Staat wie jeder andere. Er habe das Recht zu existieren. Seine herrschenden Kreise hätten aber nicht das Recht, Aggressionskriege zu führen und andern Völkern Land zu rauben. Die israelische Politik versuche jedoch, jede Kritik an ihrer Politik als antisemitisch darzustellen. Diese Propaganda sei der Versuch einer moralischen und politischen Erpressung. In Wirklichkeit sei es vielmehr die israelische Regierungspolitik, die nicht ohne Antisemitismus auskommen könne und seine Erzeugung «bewusst in widerlicher Weise» einkalkuliere. Daraus ergebe sich die Schlussfolgerung, dass der Kampf gegen die derzeitige israelische Politik «objektiv zugleich ein Kampf gegen den Antisemitismus ist».

postiert. Eine lokale Abendzeitung berichtete über den Fall (ihn ganz totschweigen konnte man ja nicht) und erzählte, betrunkene Halbstarke hätten den Aufruhr verursacht.

Uebrigens war das nicht der erste Aufruhr in Litauen. Bekannt wurden die Demonstrationen vom Mai 1972, als Hunderte für Litauens Freiheit auf die Strasse gingen.

Mit Sicherheit ist bekannt, dass etwa 1500 politische Gefangene aus Litauen in Lagern bei Perm interniert sind. Die Zahl der politischen litauischen «Verbrecher» in anderen Lagern ist unbekannt, doch dürfte sie laut Schätzung von General Grigorenko, dem soeben die Reise nach dem Westen gestattet wurde, viel höher liegen.

Oskar Angelus

Unruhen in Ostberlin

Wie «Roter Morgen», Zentralorgan der KPD/ML, berichtet, kam es am 7. Oktober in Ostberlin im Verlauf der Feierlichkeiten zum sogenannten Nationalfeiertag der DDR, an dem die Ostberliner Bonzen und die russischen Generäle unter anderem eine Militärparade abnahmen, zu Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und der sozialfaschistischen Polizei. Nachdem es schon den ganzen Tag zu Zusammenstössen gekommen war, während denen der Ruf erklungen war: «Russen raus!», standen sich am Abend etwa 1000 Jugendliche und starke Kräfte der Vopo gegenüber, die mit Wasserwerfern, Schlagstöcken und Tränengas gegen die Demonstranten vorgehen. Nach Augenzeugenberichten verhafteten sie etwa 100 Jugendliche. Die revisionistische Propaganda der DDR versuchte diese Vorfälle als Werk von Rowdies und Betrunknen darzustellen. Doch «Roter Morgen» schreibt: Was hier zum Ausdruck kam, war der tiefe Hass der Werktätigen der DDR gegen die russischen Besatzer, der tiefe Hass gegen das Unterdrückerregime und seine Staatsorgane. Sicher, es war ein spontaner Protest, doch der Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung wächst an.

Radio Tirana, 27. 10. 1977

Krawalle in Litauen

In der litauischen Hauptstadt Wilna kam es am 10. Oktober 1977 zu regimfeindlichen Krawallen. Grosse Volksmassen zogen mit antisowjetischen Parolen durch die Strassen, zertrümmerten Polizeiautos und Schaufenster.

Ausgangspunkt war ein Fussballmatch zwischen der einheimischen Mannschaft und einem russischen Klub aus Smolensk. Plötzlich begannen ohne jeden sichtbaren Anlass Zuschauer von der Galerie zu rufen: «Russen hinaus» und «Katsape» (ursprünglich ein jüdischer Spitzname für Russen).

Unter den Zuschauern verbreitete sich heftige Unruhe, und das Fernsehen brach in aller Eile die Sendung ab; jedoch war das Intermezzo schon sichtbar geworden. Anscheinend war die politische Polizei nicht gleich zur Stelle, denn das Zwischenspiel kam unerwartet, und die Li-

tauer beeilten sich nicht mit dem Schluss der «Vorstellung».

Als der Match ungefähr um 21 Uhr endete, strömte die Masse der etwa 15 000 Zuschauer in die Stadt und begann, Autos umzukippen und Propagandaplakate niederzureissen, die von den lokalen Behörden aus Anlass des 60. Jahrestages der Revolution angebracht worden waren.

Einheiten des sowjetischen Sicherheitsdienstes KGB, der Volksmiliz und speziell als Hilfstruppen eingesetzte Polizisten versuchten, die Krawalle unter Kontrolle zu bekommen. Das misslang. Sobald einer der Demonstranten festgehalten wurde, stürmte die Masse nach und zwang die Sicherheitspolizei, den Verhafteten loszulassen.

Alexander Pobrabinek, Chauffeur eines Krankentransportwagens und Mitglied der Bürgerrechtsbewegung, erzählte ausländischen Journalisten, er habe genau das gleiche Schauspiel vier Tage früher in einer anderen grossen litauischen Stadt mit denselben Folgen erlebt. Er sah damals, wie eine Reihe von Personen in die Polizeizentrale abgeführt wurde.

Am Tage nach den Unruhen von Wilna waren mit Maschinengewehren bewaffnete Soldaten an Bushaltestellen und anderen Verkehrszentren

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch
Telegramm Schweizost
Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409
Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion
Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise
Fr. 34.- jährlich (Ausland Fr. 37.-, DM 34.-)
Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-
(Ausland Fr. 23.-, DM 20.-)
Halbjahr Fr. 18.- (Ausland Fr. 20.-, DM 18.-)
Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1.50)

Клави́рски кон́церт за више ру́ку

Sympathie für Euros

Der spanische KP-Chef erhielt nach seinem Moskauer Maulkorb in Belgrad die Rednertribüne. Jugoslawien sucht Schulterchluss in seinem Kampf gegen die Moskauer Hegemonie. Und bildet gleichzeitig eine halbe Ausnahme zu der Regel, dass es Freiheit der Meinungsäußerung für Kommunisten nur in nicht-kommunistischen Ländern gibt.



Ein Konzert für mehrere Hände. («Pobjeda», Titograd) – Von links nach rechts spielen Georges Marchais (KPF), Enrico Berlinguer (KPI) und Santiago Carillo (KP Spaniens). Marx gibt den Takt.

Jugoslawische Karikaturen



Oben: Zum Angriff auf Torero Carillo schickt sich der Stier an. Seine vordere Hälfte besteht aus der Rechten. Und die hintere Hälfte stellt sich vor: «Gestatten, ich bin die (sowjetische) Zeitschrift »Neue Zeit.« («Vjesnik», Zagreb)

Links: Angenehme Lektüre. Stalin liest in der «Neuen Zeit» die Angriffe gegen Carillo: «Ja, die »Neue Zeit« erinnert mich an die gute alte Zeit.» («Vjesnik», Zagreb)